

Versklavt von Nonprofit-Organisationen

Wie NGOs Entwicklungsländer kolonisieren.

3. Februar 2024 | Kit Klarenberg

Am 21. November jährte sich zum 28. Mal die Unterzeichnung des von den USA vermittelten Dayton-Abkommens, mit dem der Stellvertreterkrieg in Bosnien nach drei Jahren und acht Monaten beendet wurde. Ein Ereignis, das nur wenige feiern – obwohl zwei Tage später in Sarajewo großer Jubel herrschte, als Stuart Seldowitz, der Mann, der die Verhandlungen auf Seiten Washingtons führte, [verhaftet wurde](#), weil er muslimische Amerikaner beschimpft hatte.

Der Krieg in Bosnien – der von den USA gefördert, finanziert, bewaffnet und Schritt für Schritt verlängert wurde – riss eine zuvor harmonische, integrative und [wohlhabende Republik](#) des sozialistischen Jugoslawiens [auseinander](#). Insgesamt starben 100.000 Menschen, und viele weitere wurden verletzt. Kroaten, Muslime und Serben, die sich gegenseitig als Freunde, Nachbarn und Verwandte betrachtet hatten, wurden in einen höllischen Kreislauf der Gewalt gestürzt. Nach Beendigung der Kämpfe waren ein Großteil der Industrie und der Infrastruktur des Landes zerstört, viele Gemeinschaften vertrieben und gespalten, und es herrschte eine zuvor nicht vorhandene ethnische und religiöse Feindschaft.

Dayton hat Bosnien eine stark diskriminierende Verfassung auferlegt, deren Rechtmäßigkeit in wesentlichen Teilen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte [erfolgreich angefochten](#) wurde. Hinzu kommt ein übermäßig bürokratisches politisches System, das häufig als das komplexeste der Welt [bezeichnet wird](#). Das Land ist in das mehrheitlich kroatische und muslimische Bosnien und Herzegowina und die mehrheitlich serbische Republika Srpska (RS) geteilt. Beide haben ihre eigenen Regierungen und Parlamente mit eigenen Befugnissen.

Außerdem wählen Kroaten, Muslime und Serben die Abgeordneten der bosnischen Versammlung und die drei Präsidenten von Sarajewo. Damit ein Gesetz auf nationaler Ebene verabschiedet werden kann, müssen sie alle zustimmen, was nur selten der Fall ist. Dieses System ist nahezu eine Garantie für wiederkehrende Blockaden und politische Krisen und ermutigt Extremisten und Nationalisten auf allen drei Seiten. Gesetze und Vorschriften werden nur selten umgesetzt, und die nationale Regierung hat den Bedürfnissen ihrer Bürger noch nie in irgendeiner Weise wirksam gedient.

Die durch Dayton erzwungene politische Trägheit hat die Republika Srpska (RS) letztlich dazu gebracht, die politische Entscheidungsgewalt in mehreren Schlüsselbereichen gewaltsam an sich zu reißen. Dadurch konnte die RS auf lokaler Ebene Reformen, Verordnungen und Gesetze umsetzen, die auf nationaler Ebene nicht plausibel wären. Infolgedessen ist die RS [weitaus reifer](#) für einen EU-Beitritt als das Land als Ganzes oder sein bosnisch-herzegowinisches Pendant. Dies ist ironisch, da Milorad Dodik BRICS gegenüber Brüssel [bevorzugt](#).

Der jüngste Versuch der Regierung der RS, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, indem sie ein Gesetz einführt, das ausländische NGOs, die auf ihrem Hoheitsgebiet tätig sind, dazu verpflichtet, ihre Finanzierungsquellen offenzulegen und sich als ausländische Agenten registrieren zu lassen, hat zu einer [erbitterten Auseinandersetzung](#) mit [der EU](#) und den USA geführt. Trotz ominöser Drohungen hat der vom Westen als „bête noire“ bezeichnete Präsident Milorad Dodik unbeirrt weitergemacht, jede Zusammenarbeit mit den amerikanischen und britischen Botschaften Bosniens [beendet](#) und offen mit der Sezession gedroht. Seldowitz' monströse Ausgeburt hat vielleicht nicht mehr lange zu leben.

Beamte der RS argumentieren, das Gesetz sei notwendig, weil der Rechtsrahmen für die Tätigkeit von NGOs in Bosnien völlig unzureichend sei und es weitgehend an Transparenz darüber fehle, wer oder was diese Organisationen finanziert und welche Ziele sie wirklich verfolgen. Wie wir sehen werden, sind diese Bedenken völlig legitim und müssen dringend ausgeräumt werden. Sarajevo ist ein einzigartiger Beweis für die schwindende Wirkung und den Einfluss westlicher NGOs im Ausland, der offensichtliche und schwerwiegende Lehren für Entwicklungsländer überall bietet.

Liberalen zum Erröten bringen

An der Spitze der byzantinischen, durch Dayton erzwungenen politischen Struktur Bosniens steht das Amt des Hohen Repräsentanten. Sie haben weder eine feste Amtszeit noch werden sie von der bosnischen Bevölkerung [nominiert und gewählt](#). Stattdessen werden sie von einem elfköpfigen Lenkungsausschuss des Rates für die Umsetzung des Friedens ausgewählt und ernannt, der sich aus Vertretern der NATO-Mitgliedstaaten, der EU, Russlands und der Türkei zusammensetzt. Seit der Schaffung des Amtes im Jahr 1995 kamen die Hohen Repräsentanten stets aus Europa und ihre Stellvertreter aus den USA.

Hohe Repräsentanten haben die einseitige Möglichkeit, Vetos des Präsidenten zu überstimmen, Gesetze zu blockieren und durchzusetzen, zu entscheiden, wer für ein Amt kandidieren darf und wer nicht, Beamte – einschließlich Richter und gewählte Politiker – ohne Berufung aus ihren Ämtern zu entfernen, jedem, den sie wollen, ein lebenslanges Amtsverbot zu erteilen, seine Bankkonten einzufrieren und irgendwie noch mehr. Der altgediente britische Politiker Paddy Ashdown, der als Experte auf diesem Gebiet gelten kann, [bemerkte einmal anerkennend](#), dass das Amt über „Befugnisse verfügt, die jeden Liberalen zum Erröten bringen sollten“.

Als Hoher Repräsentant von Mai 2002 bis Januar 2006 war er als „Vizekönig von Bosnien“ [bekannt](#). Ashdown entließ routinemäßig Staatsbedienstete, wenn sie sich weigerten, einer vom Westen sanktionierten Agenda in allen innen- und außenpolitischen Angelegenheiten zu folgen; im Juni 2004 entließ er an einem einzigen Tag 58 Beamte. Im Dezember 2004 [entließ er](#) den Premierminister der Republika Srpska und die meisten serbischen Vertreter in der bosnischen Regierung, weil sie sich weigerten, die künftige NATO-Mitgliedschaft Sarajewos zu unterstützen. In zeitgenössischen [Medienberichten](#) wurden diese autokratischen Exzesse als „Überstimmung der Wähler zur Rettung der Demokratie“ dargestellt.

In vielerlei Hinsicht ähnelt Bosnien heute einer traditionellen Kolonie des Globalen Südens. Dementsprechend ist der Hohe Repräsentant nicht der einzige vom Ausland ernannte Beamte mit enormer Macht. So wurde beispielsweise der erste Zentralbankgouverneur von Sarajevo, der [laut Dayton](#) „kein Bürger von Bosnien und Herzegowina oder eines Nachbarstaates“ sein durfte, vom

IWF ernannt. Zwar können nun auch Einheimische den Posten besetzen, doch benötigen sie immer noch die Zustimmung des Westens. Wie das *Wall Street Journal* im August 1998 [berichtete](#):

Tausende von internationalen Diplomaten, Menschenrechtsaktivisten und Soldaten leiten nun dieses im Entstehen begriffene Land als ein virtuelles Protektorat, wobei die Amerikaner bei weitem die stärkste Präsenz haben. Gemeinsam schreiben sie die Gesetze, sorgen für Sicherheit, bestimmen die Geldpolitik und handeln alles aus, vom Moscheebau bis zu den Farben der Nationalflagge ... Ein Neuseeländer ist Chef der Zentralbank. Ein ehemaliger Polizist aus Los Angeles ist stellvertretender Chef der bosnischen internationalen Polizei.

25 Jahre später hat sich daran wenig geändert. Eine zentrale Rolle bei der Errichtung und Aufrechterhaltung des kolonialen Systems eines „unabhängigen“ Bosniens spielten Zehntausende von NATO-„Friedenstruppen“. Unmittelbar nach Dayton [zwangen](#) sie der Bevölkerung häufig mit vorgehaltener Waffe lokal verachtete, vom Westen gebilligte „Reformen“ auf, wie z.B. die Schliessung der „sozialistischen“ Polizeikräfte in Sarajewo und von Zeitungen, die die NATO-Besatzung kritisierten. Ein namenloser ausländischer Beamter [beschrieb](#) die Situation offen als „32.000 ausländische Soldaten, die von einem Land verlangen, zu tun, was wir wollen“.

Bis heute patrouillieren NATO-„Friedenstruppen“ in den Straßen von Sarajewo. Ihr Gegenstück zur „sanften Macht“ sind eine enorme Anzahl westlicher NGOs. Dayton stellte [Milliarden von US-\\$\\$\\$](#) für den Wiederaufbau bereit, die speziell von ausländischen gemeinnützigen Organisationen ausgereicht werden sollten. Innerhalb weniger Monate haben sich Hunderte von ihnen vor Ort niedergelassen, und die Flut hat danach noch zugenommen. Heute [gibt es](#) in Bosnien etwa 25.600 Organisationen, von denen über 7.500 in der Republika Srpska tätig sind. Wie viele davon aus dem Ausland finanziert werden, ist ungewiss, aber wahrscheinlich sind es fast alle von ihnen.

Ausländische NGOs sind in allen erdenklichen Bereichen des öffentlichen, politischen und sogar des täglichen Lebens in Bosnien tätig. Sie bauen Häuser wieder auf und errichten neue Häuser. Sie bieten Beratung für Überlebende von Vergewaltigungen und traumatisierte Veteranen an. Sie beaufsichtigen Lehrpläne und Berufsausbildungsprogramme. Sie verteilen Lebensmittel, Medikamente und finanzielle Unterstützung an Senioren und Randgruppen. Sie leiten Initiativen zum Brückenbau in der Gemeinde und Sommerlager für Jugendliche. Sie fördern religiöse Toleranz und Menschenrechte. Sie tun all das, was der jugoslawische Staat getan hat und was die heutige bosnische Regierung nicht kann.

Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass einige bosnische NGOs unmittelbar nach dem Krieg einen [äußerst wertvollen](#) Beitrag in entscheidenden Bereichen leisteten. Dennoch waren die lokalen Akteure der Zivilgesellschaft damals zutiefst beunruhigt über den plötzlichen Zustrom westlicher Organisationen, die keine Erfahrung und kaum Kenntnisse über die Kultur, die Geschichte oder die Situation des Landes hatten. Weit verbreitet war [der Eindruck](#), dass einige von ihnen in erster Linie daran interessiert waren, eine öffentlichkeitswirksame, gut bezahlte und politisch zweckmäßige Arbeit zu leisten.

Es ist mehr als offensichtlich, dass die internationalen Akteure, die diese NGOs finanzieren, zuweilen nicht verstanden, was Bosnien und seine Bevölkerung wirklich brauchten, und es als Selbstzweck betrachteten, das Land mit riesigen Summen zu überschütten. Im April 1998 stellte die EU

[Pläne](#) zur Gründung einer Stiftung für Demokratie in Sarajewo vor, die mit einigen Kosten verbunden war. Neben anderen bosnischen NGO-Sponsoren äußerte Open Society Foundations seine Bestürzung darüber, dass die vorgeschlagenen Initiativen eine Wiederholung der bereits durchgeführten Arbeit und der von anderen ausländischen Einrichtungen finanzierten Projekte darstellen würden.

Aus diesem Debakel wurden keine Lehren gezogen. Eine [Untersuchung](#) des *Instituts für Kriegs- und Friedensberichterstattung* (IWPR) aus dem Jahr 2011 ergab, dass „trotz der Existenz einer großen Zahl von NGOs, die eigens gegründet wurden, um denjenigen zu helfen, die unter dem Bosnienkrieg gelitten haben, ... [sie] allzu oft nicht in der Lage sind, denjenigen, die sie brauchen, sinnvolle langfristige Hilfe zu leisten“. So viele NGOs, die in etwa dasselbe tun, bedeuten eine weit verbreitete Überschneidung von Dienstleistungen, was dazu führt, dass die Bürger nicht wissen, wo sie Hilfe erhalten, und die Organisationen nicht wissen, wem sie helfen sollen.

So viel ausländisches Geld, das in bosnische NGOs fließt, fördert zwangsläufig auch die Korruption. Geschichten über falsch zugewiesene, veruntreute oder an Organisationen vergebene Hilfgelder, die Freunde, Verwandte und Verbündete von Staatsbeamten beschäftigen, sind keine Seltenheit. [IWPR zitierte](#) den Chef der Finanzpolizei von Sarajewo mit den Worten, dass „keine einzige“ NGO im Lande „Haushaltsmittel auf transparente Weise ausgibt“. Bei den „zahlreichen“ Untersuchungen, die sein Team in Bezug auf lokale NGO-Aktivitäten durchgeführt habe, seien bei jeder Gelegenheit „Unregelmäßigkeiten“ festgestellt worden:

Als wir die Finanztransaktionen einiger dieser [NGOs] untersuchten, fanden wir heraus, dass sie ihren Mitarbeitern Tagegelder für Exkursionen zahlten, die nie stattfanden. Es wurde auch Geld für Dienstleistungen gezahlt, die nie erbracht wurden. Es gab Fälle, in denen Konferenzen oder andere Großveranstaltungen organisiert wurden und Einzelpersonen große Geldsummen gezahlt wurden, ohne dass die Leistungen, die sie erbracht haben sollten, beschrieben wurden.

Vergessen Sie die Ausstiegsstrategie

Zusammengenommen führen diese Probleme zu einem zutiefst toxischen, sich selbst verstärkenden Kreislauf. Die Bürgerinnen und Bürger sind gezwungen, sich in fast allen Belangen auf fremde Einrichtungen zu verlassen, und dabei tun sie selbst fast nichts, lernen nichts zu tun und können fast nichts tun. Es ist ein Milieu, das direkt an die aufgezwungene Abhängigkeit historischer Kolonialsysteme erinnert. Gelinde gesagt, wird den Bosniern nicht beigebracht, wie man fischt – oft wird ihnen nicht einmal Fisch gegeben.

Bezeichnenderweise wurde das unvermeidliche, lähmende Ergebnis der Überflutung Bosniens mit ausländischen Machthabern, Organisationen und Strukturen von westlichen Quellen schon weithin anerkannt und beklagt, als sie begann. In einem [Leitartikel](#) des *Economist* vom Februar 1998 hieß es verzweifelt: „Das Protektorat scheint keine Grenzen zu kennen“, und ein Berater des damaligen Hohen Repräsentanten Carlos Westendorp, eines Spaniers, wurde mit den Worten zitiert: „Wir wissen nicht, was wir nicht tun können“ in Sarajewo. Die Publikation warnte, dies könnte bedeuten, dass die Einheimischen „vergessen, wie sie sich selbst regieren können“.

[Zwei Monate später](#) berichtete die *New York Times* über Westendorp. Das Blatt beobachtete, dass ausländische Akteure die bosnische Staatsführung auf allen Ebenen dominieren, was „beunruhi-

gende Fragen darüber aufwirft, wie der Staat ohne kontinuierliche Zufuhr von Hilfe von außen und ohne direkte internationale Aufsicht funktionieren wird“. Auf dem Weg dorthin beklagte sich ein hochrangiger Berater des Büros:

Wir haben uns tief in das Funktionieren des Staates eingemischt ... Wir haben eine noch nie dagewesene Kontrolle über die Legislative und die Exekutive der Regierung. Wir wissen jedoch nicht, wie wir aussteigen werden, wie wir die bosnische Kultur der Abhängigkeit nicht verewigen werden.

Man muss kein Zyniker sein, um zu dem Schluss zu kommen, dass die Schwächung der einheimischen Bevölkerung durch die erzwungene Abhängigkeit von ausländischen NGOs eine gezielte, vorsätzliche Strategie der westlichen Kolonisatoren von Sarajevo war. Im November desselben Jahres forderte ein US-Beamter die bosnischen Beamten [bedrohlich](#) auf, „viel mehr Fortschritte bei der Privatisierung“ zu erzielen und ein freizügiges Klima für ausländische Investitionen zu schaffen:

Es ist an der Zeit und eigentlich überfällig, dass die Regierungen Bosniens den Übergang zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft vollziehen – und zwar rasch. Wir sind bereit, Projekte, Programme, alles zu stoppen, um ihre Aufmerksamkeit zu erlangen.

Mit anderen Worten: Sollte sich Sarajevo den westlichen Finanzinteressen nicht ausreichend beugen, wird die Vielzahl der gemeinnützigen Organisationen verschwinden und das Land mit einer kaum noch funktionierenden Regierung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, einem stark reduzierten Gesundheits- und Wohlfahrtssystem und ohne die notwendigen Bausteine, Fachkenntnisse und Erfahrungen zurückbleiben, um das Verlorene wieder aufzubauen oder zu ersetzen. Bosnien würde faktisch in den Zustand der unmittelbaren Nachkriegszeit zurückfallen.

Auch hier könnte man zu dem Schluss kommen, dass das Scheitern der bosnischen Demokratisierungsbemühungen, die nicht einmal annähernd zu einer Demokratie geführt haben, ganz bewusst herbeigeführt wurde. Ein hochrangiger US-Diplomat in Sarajewo [behauptete](#) einmal, er habe amerikanischen Beamten im Land und zu Hause gesagt, sie sollten „die Exit-Strategie vergessen“, da es keine gebe. Wir werden uns nicht aus der Affäre ziehen“, erklärte er, denn „wir sind das Lebenserhaltungssystem“.

Diese Sichtweise hat bis heute Bestand. Westliche Beamte haben wiederholt behauptet, die RS-Gesetzgebung werde NGOs davon abhalten, in Bosnien tätig zu werden, was der dortigen Bevölkerung enorm schaden würde. Ähnliche Argumente wurden zu Beginn dieses Jahres vorgebracht, als Georgien [versuchte](#), ein identisches Gesetz umzusetzen. Open Society Foundations, der von George Soros gegründete und finanzierte Unterstützer vieler NGOs in Tiflis, [gab eine Erklärung ab](#), in der er davor warnte, dass aus dem Ausland finanzierte Organisationen daraufhin das Land verlassen würden:

Dieser Gesetzentwurf zielt darauf ab, misshandelte Kinder und Frauen, Menschen mit Behinderungen, Minderheiten, Wissenschaftler, Arbeiter und Jugendliche schutzlos zu stellen; sozial schwachen Familien, Landwirten, Bergarbeitern, Binnenvertriebenen, Obdachlosen, illegal Entlassenen, Inhaftierten und anderen Menschen, die für ihre Rechte kämpfen, keine Unterstützung zu gewähren; die Stimme der Menschen, die in

den Randgebieten des Landes leben und ihre Probleme nur über die unabhängigen Medien mitteilen können, zum Schweigen zu bringen.

Die schockierende Implikation dieser Drohung, dass die NGOs lieber ihre lebenswichtige, möglicherweise lebensrettende Arbeit einstellen und der Gesellschaft enormen Schaden zufügen würden, als ihre Finanzierungsquellen offen zu legen, ist den westlichen Journalisten, die diese Erklärung in ihrer Berichterstattung über die Kontroverse zitierten, offenbar entgangen. Das Rätsel, warum ausländische NGOs all diese Aufgaben erfüllen und nicht Georgier und ihre Regierung, wurde ebenfalls nicht erforscht.

Schließlich konnte Tiflis davon überzeugt werden, das Gesetz nicht zu verabschieden. Vom Ausland unterstützte NGOs, die von westlichen Diplomaten und Stiftungen geleitet werden, inszenierten feurige Proteste, die in einen Aufstand umzuschlagen drohten, bevor die Regierung einlenkte. Noch gibt es keine Anzeichen für solche Unruhen in Bosnien, aber Dodiks Entschlossenheit kann nur als inakzeptabel für die mafiösen Machenschaften des US-Imperiums betrachtet werden. Ein Kolonialbetrieb, der aus der Reihe tanzt und seine Schutzgelder nicht pünktlich bezahlt, riskiert schließlich, dass ein ähnliches anarchisches Verhalten anderswo gefördert wird.

Keine Transparenz erlaubt

Westliche Beamte haben die Gesetzgebung über ausländische Agenten als mutwillige, autoritäre Schlägerei dargestellt, die den drakonischen Exzessen der russischen Gesetzgebung [in nichts nachsteht](#). Unter den vom Ausland diktierten Bedingungen des bosnischen politischen Systems ist es jedoch völlig klar, dass man nur dann etwas erreichen kann, wenn man entschlossen handelt, und NGOs sind ein erhebliches Hindernis für dieses Vorgehen. Außerdem ermöglichen und fördern sie genau die Korruption, die die EU und die USA in Sarajewo [zu bekämpfen behaupten](#).

In der [legalistischen Abrechnung](#) des Europarats mit dem „Gesetz über ausländische Agenten“ der RS wird es wiederholt als undemokratisch bezeichnet, und zwar auf der außergewöhnlichen Grundlage, dass die Transparenz öffentlicher Einrichtungen und Organisationen keine anerkannte westliche Norm sei und es daher unzulässig und unangemessen sei, dass ausländische Regierungen dies fordern oder Gesetze erlassen. Offensichtlich ist das Gesetz zwar nicht mit der Demokratie vereinbar, nicht gewählte, aus dem Ausland ernannte Oberhäupter, die Anwesenheit Zehntausender NATO-Truppen, die für ihre Kriegstreiberei bekannt sind, und staatliche Institutionen, die von Ausländern aufgebaut und besetzt werden, jedoch schon.

In vielen Kreisen wird die demokratische Glaubwürdigkeit eines Staates heute oft davon abhängig gemacht, wie viele NGOs vor Ort tätig sind und welche Gesetze und Vorschriften – oder deren Fehlen – ihre Aktivitäten regeln. Bosnien ist jedoch der lebende Beweis dafür, dass ein Übermaß an NGOs, insbesondere an solchen, die vom Ausland finanziert werden, nicht nur ein schlechter Indikator für Demokratie ist, sondern Demokratisierung und Entwicklung aktiv behindert. Das liegt nicht zuletzt daran, dass NGOs eine Bürokratie zwischen den Bürgern und ihrer Regierung schaffen und vor allem deren Fähigkeit, sich selbst zu regieren, beeinträchtigen.

Ist diese Bürokratie erst einmal geschaffen, ist es enorm schwierig, sie zu umgehen, geschweige denn, sie entscheidend zu beseitigen, nicht zuletzt deshalb, weil jeder Versuch, die Tätigkeit von NGOs zu regulieren oder einzuschränken, auf den erbitterten Widerstand der Sponsoren dieser Organisationen und auf den Vorwurf des Autoritarismus und der Autokratie stoßen wird. Aus der

Sicht des Westens ist dies genau der Punkt, der Regierungen dazu zwingt, ihre Souveränität und Kompetenzen an ausländische Organisationen abzugeben.